

Streit um Strobl-Papier

SPD vermutet Missbrauch des Regierungsapparats

Stuttgart. (lsw) Die Entstehungsgeschichte des bundesweit diskutierten Asylpapiers von Innenminister Thomas Strobl (CDU) wirft nach Ansicht der SPD Fragen auf. Das Innenministerium in Stuttgart räumte in einer am Mittwoch veröffentlichten Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der SPD ein, dass das Papier im Wesentlichen von Strobls Staatssekretär Martin Jäger verfasst wurde. Urheber des Papiers sei Strobl – ausformuliert habe es Jäger.

SPD-Fraktionsvize Sascha Binder sagte, damit sei die Aussage von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne), wonach das Papier für den CDU-Bundesparteitag erarbeitet wurde und das Handeln der grün-schwarzen Regierung nicht betreffe, falsch. Wenn Kretschmann bei dieser Haltung bleibe, beschuldige er damit seinen Stellvertreter Strobl, den Regierungsapparat für Parteiarbeit missbraucht und gegen das Neutralitätsgebot verstoßen zu haben, meinte Binder. Das Neutralitätsgebot besagt, dass Mittel der Regierung nicht für Parteiarbeit eingesetzt werden dürfen.

Strobl hatte das Papier zur Verschärfung des Asylrechts im Dezember vorgelegt. Teile davon flossen in einen Leitartikel der CDU-Spitze zum Bundesparteitag ein. Kretschmann hatte erklärt, was Strobl als stellvertretender Parteichef der CDU mache, sei seine eigene Verantwortung. Das Papier betreffe das grün-schwarze Regierungshandeln nicht.

Ein Sprecher des Staatsministeriums sagte, das Papier habe weder im Kabinett noch im Koalitionsausschuss eine Rolle gespielt. Es sei als Papier für den CDU-Bundesparteitag deklariert worden. Das Innenministerium wollte sich nicht weiter zu dem Thema äußern.

Auch die FDP-Fraktion verlangt Aufklärung von Kretschmann, wie Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke am Mittwoch erklärte. Und Innenminister Strobl müsse sagen, wie sich aus seiner Sicht das Verhältnis von Partei und Regierungsapparat darstelle.



Was läuft falsch an den Schulen im Südwesten? Nach dem schlechten Abschneiden beim IQB-Vergleich sollen Lösungen gefunden werden. Foto: thinkstock

Schonungslose Schulanalyse

Experten: „Fachliche Defizite“ bei der Lehrerausbildung – Zu viel fachfremder Unterricht – Empfehlung: Lesetraining für Schüler

Von Roland Muschel, RNZ Stuttgart

Stuttgart. Zur Aufarbeitung der für Baden-Württemberg verheerenden Ergebnisse des jüngsten IQB-Bildungstrends hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) für kommenden Montag eigens zu einer abendlichen Kabinettsitzung mit Experten ins Staatsministerium eingeladen. Die Ministerrunde muss dabei mit einer schonungslosen Analyse und weitgehenden Reformvorschlägen der Fachleute rechnen. Das geht aus einem internen Ergebnisprotokoll von Beratungsgesprächen hervor, die zwei der von der Regierung für Montag angefragte Professoren im Vorfeld mit der CDU-Landtagsfraktion geführt haben.

Laut Protokoll, das dieser Zeitung vorliegt, haben der Tübinger Bildungsforscher Ulrich Trautwein vor dem geschäftsführenden CDU-Fraktionsvorstand und die Heidelberger Erziehungswissenschaftlerin Anne Sliwka vor der

Gesamtfraktion offenbar weitestgehend dieselben Handlungsempfehlungen abgegeben. Danach plädieren die Experten für die Einführung eines Lesetrainingsprogramms über alle Schularten hinweg. In den neuen Bundesländern seien damit gute Erfahrungen gemacht worden.

Die Experten raten der Politik zudem, die Attraktivität des Lehrerberufs zu verbessern. Zugleich müssten „fachliche Defizite“ in der Lehrerausbildung beseitigt werden. So sollten die Pädagogischen Hochschulen in Karlsruhe, Schwäbisch Gmünd und Weingarten auf den Prüfstand gestellt werden – hier werden anscheinend die Schwachstellen im PH-System ausgemacht. Wo möglich könne eine Zusammenlegung mit einer Universität in Betracht kommen. Generell müsse die Praxisphase in der Lehrerausbildung vorgezogen werden.

Die Experten empfehlen zudem zur Standardsicherung verbindliche Zielvereinbarungen. Sie fordern generell

klare, verbindliche Vorgaben für die Schulen. Leitungsfunktionen müssten zwingend vom Kultusministerium besetzt werden. Die Leitung einer Schule könnte möglicherweise auch nur „auf Zeit“ vergeben werden, so ein weiterer Vorschlag.

Er sehe „verschiedene Ansatzpunkte, die allerdings nicht zeitgleich zur Anwendung gebracht werden können“, sagte CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart dieser Zeitung. „Insgesamt gilt es, die Beliebigkeit im Schulsystem zurückzuführen und wo notwendig klarere Vorgaben zu machen – wie zuletzt von Kultusministerin Susanne Eisenmann mit der Abschaffung der umstrittenen Lehrmethode von ‚Schreiben nach Gehör‘ praktiziert.“ Entscheidend sei, so Reinhart weiter, dass die Qualität wieder in den Vordergrund gerückt werde. Dafür bedürfe es „verschiedener Optimierungsmaßnahmen im Bereich der Lehrergewinnung, der Lehrerausbildung und auch

der Lehrerfortbildung, die ein hohes Maß an Verbindlichkeit“ benötigten.

Den Absturz des Landes in der IQB-Studie führen die Fachleute auf mehrere Ursachen zurück. Diese reichten von fehlenden Arbeitshinweisen für Lehrer im Bildungsplan von 2004, über zu viel fachfremden Unterricht und Defizite in der Lehrerausbildung bis hin einer grundlegenden „Unruhe“ im Bildungswesen.

Während Frau Sliwka den Termin am Montag dem Vernehmen nach nicht wahrnehmen kann, wird Professor Trautwein seine Thesen dem Kabinett direkt vortragen. Als weitere Fachleute sollen der Heidelberger Erziehungswissenschaftler Albrecht Wacker und ein Karlsruher Schulleiter referieren. Die Fraktionen von Grünen und CDU planen ergänzend in Kürze gemeinsame Anhörungen mit Experten zu den Folgerungen aus der Bildungsstudie. Es gelte „möglichst rasch die richtigen Maßnahmen zu ergreifen und umzusetzen“, sagte Reinhart.

ANZEIGE

> RNZ-Spezial

Foto: thinkstock



Aus- und Weiterbildung

Erscheint jetzt auch online auf www.rnz.de

Eine fundierte Ausbildung sowie regelmäßige Weiterbildungen sind heute Bestandteil und Voraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben. Bietet Ihr Unternehmen jungen und engagierten Menschen eine berufliche Laufbahn mit Zukunft? Unsere Beilage „Aus- und Weiterbildung“ ist die ideale Plattform, Ihre Zielgruppe anzusprechen und auf sich aufmerksam zu machen.

Seien Sie mit Ihrer Werbung dabei!

Die Sonderthemen in der Rhein-Neckar-Zeitung
Wir beraten Sie gerne:

Telefon 06221 519-1160
E-Mail sonderthemen@rnz.de

„Wir haben auf Dienstwagen verzichtet“

FDP-Landeschef lobt Entscheidung für Opposition – Kritik an Merkel: „Europäisches Recht ausgehebelt“

Von Sören S. Sgries

Heidelberg/Stuttgart. Für die FDP geht es im Wahljahr 2017 um den wichtigen Wiedereinzug in den Bundestag. Südwest-Parteichef Michael Theurer (49), Spitzenkandidat zur Bundestagswahl, spricht vor dem Landesparteitag und dem traditionellen Dreikönigstreffen in Stuttgart über den Kurs der Liberalen.

> **Herr Theurer, einige Ihrer Äußerungen klangen, als hätten Sie überhaupt keine Lust, nach der Bundestagswahl zu regieren. Stimmt dieser Eindruck?**

Das wichtigste Ziel der Freien Demokraten ist der Wiedereinzug in den Bundestag. Die Stimme der FDP fehlt. Wir verschließen uns der Verantwortung nicht. Die entscheidende Lektion aus 2013 ist jedoch: Wir werden in keine Regierung eintreten, wenn wir nicht wesentliche Inhalte unseres Programms umsetzen können.

> **Wie ordnen Sie die FDP denn ein: Schwarz-gelb-orientiert? Sozial-liberal?**

Die Freien Demokraten melden sich als rundum rundenerneuerte Partei zurück. Wir wollen zurück zu unseren Wurzeln, hin zu neuen Zielen. FDP pur heißt für uns: In allen Lebenslagen vorankommen durch eigene Leistung, eine Politik, die rechnen kann, und wir wollen weltbeste Bildung für jeden. Wir sollten keine Koalitionsoption ausschließen. In einem Sechs-bis-sieben-Parteien-Parlament müssen alle Parteien des Verfassungsbogens miteinander gesprächsfähig sein. Eine Regierungsbeteiligung stelle ich mir jedoch sehr schwierig vor. Die Unterschiede zu anderen Parteien sind groß. Wenn wir stark in den Bundestag kommen, hat die FDP vier Jahre Zeit, sich dort zu konsolidieren.

> **FDP-Wähler wählen dann Opposition. Schreckt das nicht ab?**

Die Machtoption ist sicher ein wichtiges Argument. Aber man hat der FDP jahrelang vorgeworfen, dass sie Inhalte für Dienstwagen opfere. Für uns ist die Glaubwürdigkeit wichtig. Wir stehen nach der Wahl für das, was wir vor der Wahl gesagt haben. Das haben wir in Baden-Württemberg unter Beweis gestellt. Wir haben auf Dienstwagen verzichtet.

> **In Baden-Württemberg wäre rechnerisch die „Ampel“ möglich gewesen. Gegenüber den Grünen sind die Vorbehalte auch im Bund am größten?**

Richtig, die inhaltlichen Unterschiede sind am größten. Grün steht nach wie vor für Umverteilungspolitik. Wir stellen fest, dass Ministerpräsident Winfried Kretschmann nicht mehrheitsfähig ist bei den Bundesgrünen. Bei der Vermögenssteuer, bei der Erbschaftsteuer konnte er sich nicht durchsetzen. Wir stehen für Marktwirtschaft und dafür, dass das, was verteilt werden soll, erst einmal erwirtschaftet werden muss.



Warnt vor „reflexartigen“ Forderungen nach Gesetzesverschärfungen: FDP-Landeschef Theurer. Foto: Lino Mirgeler

> **Ein wiederkehrender Slogan: Die FDP sei die „Alternative für Demokraten“ – ein Bezug auf die AfD. Was ist Ihr Flüchtlingskurs?**

Zunächst erkennen wir bei der AfD ganz klar autoritäre Tendenzen, wie wir sie in ganz Europa bei Rechtspopulisten sehen. Wir hingegen wollen, dass Deutschland dagegen immun bleibt, klar proeuropäisch und weltoffen. Bei der Flüchtlingspolitik fordern wir aber, dass die rechtsstaatliche Ordnung durchgesetzt wird. Die Hilfe in den Herkunftsländern muss verstärkt werden. Wir brauchen einen gemeinsamen Außengrenzschutz der EU. Eine gemeinsame europäische Asylpolitik mit einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge. Und in Deutschland muss durch deutlich beschleunigte Verfahren dafür gesorgt werden, dass diejenigen bleiben, die Hilfe

brauchen. Die anderen werden abgeschoben. Kritik ja – aber konstruktiv. Wir sind die Alternative für Demokraten.

> **Hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in diesem Jahr bereits die Weichen richtig gestellt?**

Angela Merkel hat 2015 mit ihrer Einladung von Flüchtlingen aus Ungarn europäisches Recht ausgehebelt, die Dublin-Regeln. Das hat dazu geführt, dass eine europäische Lösung massiv erschwert wurde. Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung begonnen, eine Kurskorrektur vorzunehmen. Die geht aber nicht weit genug.

> **Was muss geschehen?**

Wir dürfen keinen Kontrollverlust akzeptieren. Erforderlich ist jetzt eine Entbürokratisierungsoffensive, um die Kräfte des Rechtsstaates zu stärken. Wir wollen die Personalkapazitäten bei der Polizei, bei der Flüchtlingsregistrierung und -betreuung erhöhen.

> **Entbürokratisierung und Personalaufstockung klingt nach unterschiedlichen Ansätzen...**

Nehmen wir als Beispiel Zollbeamte, die nachts um vier Uhr in der Backstube die Mindestlohn-Dokumentationspflichten kontrollieren. Da werden Prioritäten falsch gesetzt. Wir wollen, dass bewaffnete Beamte dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Nämlich bei der Bekämpfung von schwerer Kriminalität und Terrorismus.

> **In diesen Zeiten kommen Forderungen nach mehr Videoüberwachung oder nach Vorratsdatenspeicherung gut an. Wer schützt die Bürgerrechte?**

Die Wahrung von Bürgerrechten ist ein zentraler Bestandteil unserer Politik – und dringend notwendig. Wir wollen maximalen Schutz, aber gleichzeitig die Bürgerrechte wahren und verteidigen. In einer angespannten und aufgeregten Debatte muss trotzdem mit Vernunft und Augenmaß gehandelt werden. Reflexartig fordern Politiker der Union jetzt Gesetzesverschärfungen – etwa die anlasslose Vorratsdatenspeicherung. Wir erinnern daran: Diese existiert in Frankreich, konnte aber den schrecklichen Anschlag von Paris nicht verhindern.